



Ständerat gegen Schneeberger

Keine einfachere Buchhaltung

Von Dominik Feusi, Bern

Der Entscheid im Ständerat war denkbar knapp. Am Dienstagabend lehnte der Rat eine parlamentarische Initiative der Baslerbieter Nationalrätin Daniela Schneeberger (FDP) mit 21 gegen 19 Stimmen ab. Schneeberger hatte gefordert, dass kleine und mittlere Betriebe bei der Revision ihrer Buchhaltung von bürokratischem Aufwand entlastet werden. Eine solche eingeschränkte Revision wurde vor zehn Jahren bereits gesetzlich ermöglicht. In der konkreten Ausgestaltung wurden die damaligen Beschlüsse des Parlaments jedoch von der Verwaltung nur ungenügend umgesetzt oder gar schrittweise rückgängig gemacht.

Die Revisionsaufsichtsbehörde des Bundes neige dazu, die eingeschränkte Revision wieder den Vorschriften der ordentlichen Revision anzugleichen. «Das steht im Widerspruch zum damaligen Entscheid des Gesetzgebers», findet Schneeberger. Als Treuhandexpertin kennt sie die Probleme aus der Praxis. Mit ihrer Initiative wollte sie dafür sorgen, dass



Daniela Schneeberger.

das Gewerbe wirksam entlastet würde, so wie es das Parlament vor zehn Jahren eigentlich wollte. Der Nationalrat hatte dem Vorstoss vor einem Jahr mit den Stimmen von SVP, FDP und der Hälfte der CVP Folge gegeben.

Economiesuisse agierte dagegen

Im Ständerat lehnten die SP und Teile der CVP und der FDP den Vorstoss nun ab. Die Gegner sahen im ausformulierten Vorschlag von Schneeberger «einige Mängel» und wollten sich daher auf den Vorstoss gar nicht einlassen und die Mängel dann bei der Detailberatung beheben. Dies forderten die Befürworter, weil sie mit der Stossrichtung des Vorhabens einverstanden waren.

Besonders bekämpft wurde der Vorstoss von den grossen Revisionsfirmen, welche mit umfangreichen Revisionen Geld verdienen, und vom Wirtschaftsdachverband Economiesuisse, der sich eigentlich für weniger Bürokratie einsetzen sollte. Dort sind die grossen Revisionsgesellschaften vertreten. Daniela Schneeberger vertritt als Zentralpräsidentin des Treuhänderverbandes die Kleinen. Economiesuisse versteckte sich in seinem Positionspapier für die Ständeräte hinter einer Abklärung des Bundes, die 2015 ergeben habe, dass es keinen Handlungsbedarf gebe.

Schneeberger nimmt den knappen Entscheid des Ständerates gelassen zur Kenntnis. Es brauche in der Politik oft mehrere Anläufe. «Ich werde weitermachen, um die Rahmenbedingungen für Unternehmen zu verbessern.»